



STATEMENT DAS DEUTSCHE GESCHÄFT MIT GROSSBRITANNIEN Juni 2019

ZAHLEN

Großbritannien gehört seit langem zu den größten Märkten und bedeutendsten Standorten der deutschen Wirtschaft weltweit.

Mehr als 15,000 deutsche Unternehmen machen heute Geschäfte mit der Insel. 8,000 verkaufen direkt, 4,500 über Handelsvertreter und Verteiler, 2,500 haben Niederlassungen im Lande gegründet, davon sind 2,000 Vertriebs- und Servicegesellschaften und 500 Produktionen, die 400,000 britische Mitarbeiter beschäftigen.

Großbritannien ist nicht nur als Markt wichtig, sondern von großer strategischer Bedeutung im internationalen Geschäft deutscher Konzerne. Viele Übernahmen von britischen Konzernen bestätigen das.

Größere deutsche Arbeitgeber in Großbritannien sind heute: Aldi, Allianz (seit der Übernahme von Cornhill), BASF (Boots), Bayer, BMW (Mini und Rolls-Royce), Bosch (Atco-Qualcast und Worcester Heating), Daimler, Deutsche Bahn. (Arriva, EWS, Grand Central Railway und Laing Rail), Deutsche Bank (Morgan Grenfell), Deutsche Post (Exel, DHL und Williams Lea), Eon (Midlands Electricity, Powergen und TXU), HeidelbergCement (Hanson), Lidl, Linde (BOC), McKesson Europe AG früher Celesio (Lloyds Pharmacy und AAH), Otto Group (Freemans Grattan Holdings), RWE (npower), Siemens, TUI (Thompson und First Choice), ThyssenKrupp und Volkswagen (Bentley).

Deutsche Post (50,000 Mitarbeiter), Deutsche Bahn (33,000), Aldi (30,000), McKesson (25,000) und Lidl (20,000) sind die größten deutschen Unternehmen im Lande. Die Mehrheit der deutschen Firmen beschäftigt allerdings (nur) bis zu 200 Mitarbeiter.

Die deutsche Industrie hat sich im wesentlichen außerhalb Londons, im Südosten von England und in den Midlands niedergelassen, die deutschen Banken, Versicherungen, Consultants etc. in London selbst.

MARKT

Deutsche Produkte (und Dienstleistungen) haben sich immer und werden auch heute gut im britischen Markt verkauft. `Made in Germany`, insbesondere ständige Innovationen und modernes Design ist weiterhin ein hoher Qualitätsausweis. Gerade im up market Bereich, wo Qualität mehr als Preis zählt, liegt die Stärke der deutschen Industrie.

Verkauft werden wesentlich Kraftfahrzeuge, Maschinen und Elektrogüter, desweiteren chemische und pharmazeutische Produkte. Auch deutsche Lebensmittel erfreuen sich seit längerem eines guten Absatzes. Grossbritannien ist heute nach den USA, Frankreich, China und Holland der 5. groesste Exportmarkt fuer Deutschland weltweit.

KOSTEN

Großbritannien bietet seit langem gute Arbeits- und Steuerkosten.

Arbeitskosten

Nach neuen Zahlen des Statistischen Bundesamtes betragen die Arbeitskosten je Arbeitsstunde in der verarbeitenden Industrie (Direktentgelt und Personalzusatzkosten).

In Großbritannien €30,02 (£25.88)

In Deutschland €38,99 (£33.61)

Steuerkosten

Körperschaftssteuer: 20% auf alle Gewinne.

Einkommenssteuer: 20% bei einem Einkommen zwischen €13,341 (£11,501) und €52,200 (£45,000) per Jahr, 40% bei einem Einkommen zwischen €52,200 (£45,000) und €174,000 (£150,000) und 45% bei einem Einkommen über €174,000 (£150,000).

Großbritannien kennt keine Vermögenssteuer und hat nur eine lokale (Grund) steuer.

£1.00 = €1,16

Die Mehrwertsteuer beträgt 20%.

GERMAN INDUSTRY UK

VEREINIGUNG DER DEUTSCHEN WIRTSCHAFT IM VEREINIGTEN KÖNIGREICH



Der maximale Arbeitgeberanteil an der Sozialversicherung (Kranken-, Renten-, Arbeitslosen- und Unfallversicherung) beträgt 13.8% des Bruttolohns des Arbeitnehmers (der Arbeitnehmeranteil ist maximal 12%). Des Weiteren wurde hier über Jahre der Amtsschimmel zurückgefahren z.B. Baugenehmigungsverfahren verkürzt, die Gewerkschaftsmacht eingedämmt, dazu gibt es keine Mitbestimmungsgesetze.

ARBEITSBEZIEHUNGEN

Die Arbeitsbeziehungen sind heute sicherlich gut. Das bestätigen viele Mitglieder von GIUK.

INVESTITIONS-UND WIRTSCHAFTSKLIMA

Die oben aufgeführten Rahmenbedingungen geben gute Voraussetzungen für eine Präsenz in Großbritannien. Der wirtschaftspolitische Kurs der früheren Labour Regierungen unter Blair und Brown (1997 bis 2010) folgte (sozial) marktwirtschaftlichen Grundsätzen und hat den Kurs der Konservativen Regierungen von Thatcher und Major (1979 bis 1997) fortgesetzt.

Weiterhin weniger Staat und mehr Markt.

Die Koalitionsregierung von Konservativen und Liberalen von Mai 2010 bis Mai 2015 hat die (sozial) marktwirtschaftliche Wirtschaftspolitik fortgesetzt. Am 7. Mai 2015 wurde eine konservative Regierung gewählt, die am 8. Juni 2017 als Minderheitsregierung wiedergewählt wurde.

Das Investitionsklima ist weiterhin ausgezeichnet.

Wenig erfreulich sind seit langem mehr und mehr Arbeitsgesetze, wie die Arbeitszeitregelung, eine Auswirkung der EU Sozialcharta, die Blair kurz nach Amtsbeginn im Juni 1997 unterzeichnet hatte. Hier gibt es wieder Ansätze einer Mehrregelung in der Wirtschaft, die den Standort Großbritannien weniger attraktiv machen. Alte Probleme, wie mangelhafte Infrastruktur (Straße, Schiene etc.) und Berufsausbildung sind nach unserer Meinung weiterhin nicht gelöst, welche die deutsche Industrie von der Kostenseite her belasten und von ihr seit langem angemahnt werden. Es fehlt zum ersten an massiven Investitionen und zum zweiten an langfristigen Lösungen. Die duale Berufsausbildung nach deutschem Muster wäre eine Antwort.

Dazu kommt der Euro. Die deutsche Wirtschaft würde die Umstellung von Pfund Sterling auf den Euro begrüßen. Die Labour Regierungen haben dieses Thema immer wieder auf die lange Bank geschoben und die Regierungen unter David Cameron und Teresa May seit 2010 haben entschieden, dass sie dem Euro nicht beitreten werden.

Eine weitere Sorge ist das Referendum zur EU. GIUK hat in einer Presserklärung im Juli 2015 gesagt, dass die deutsche Wirtschaft im Vereinigten Königreich zwar die Forderungen der britischen Regierung nach einem Abbau der Kosten, der Bürokratie und der Gesetzgebung in Brüssel unterstützt, aber den Verbleib des Vereinigten Königreiches in der EU wünscht. Unsere Umfrage bei allen deutschen Unternehmen in diesem Land in den Monaten Mai bis Juli 2015 hat das bestätigt. Die deutsche Wirtschaft ist enttäuscht, dass das Vereinigte Königreich am 23. Juni 2016 entschieden hat, die EU zu verlassen. Die deutsche Wirtschaft wird aber nicht das Vereinigte Königreich verlassen. Das Land ist seit langem eines der wichtigsten Standorte und größten Märkte für uns. Es kommen allerdings mit Brexit viele neue Herausforderungen auf uns zu. Für die Verhandlungen zwischen dem Vereinigten Königreich und der Europäischen Union haben wir in Zusammenarbeit mit 14 unserer größten Mitgliedsunternehmen ein Statement unserer Forderungen im Januar 2017 veröffentlicht: 'Key German Business Priorities for the forthcoming UK-EU Negotiations for Brexit'. Das Statement wurde der britischen Regierung übermittelt und am 21. September mit Mr Robin Walker MP, Minister im britischen Department for Exiting the EU besprochen. Weitere Besprechungen wurden mit höheren Beamten des Ministeriums am 26. Oktober geführt. Wir hatten dann am 21. März 2018 eine Besprechung mit Sir Keir Starmer MP (Labour) Shadow Secretary of State for Exiting the EU und ein weiteres Treffen mit höheren Beamten des Ministeriums am 4. Juli. Zuvor haben wir im April 2018 eine größere Umfrage zu Brexit Survey amongst German Business in the UK, After Brexit: much uncertainty, an der sich 55 deutsche Unternehmen und Banken beteiligt haben, veröffentlicht. Wir haben dann mit dem Leader der Liberal Democrats The Rt Hon Sir Vince Cable MP am 10. Oktober Brexit diskutiert und ein drittes Treffen mit höheren Beamten des Ministeriums am 31. Oktober gehabt. Am 4. April 2019 folgte eine weitere Dinner Discussion zu Brexit mit The Rt Hon Sir Graham Brady MP, Chairman of the 1922 Committee.

Die wirtschaftliche Lage in 2012 war weniger positiv nach gutem Wachstumsraten in 2011 und einer tiefen Rezession in 2009 und 2010. 2013 sah wieder besser aus, die Wachstumsrate war 1.8%, im Jahr 2014 sogar 2.6%, und 2.7% in Jahr 2015. Die Wachstumsrate in 2016 war (nur) 1.8% und in 2017 (nur) 1,6% und in 2018 2,3%. Der Rückgang geht auf Brexit zurück. Für 2019 wird (nur) 1,2% erwartet. Die Inflationsrate ist derzeit 1.8%, der Leitzins 0.75% und die Arbeitslosenquote 3.95%.